

# Entwicklung der Fiskalquoten und Überlegungen zur Gesamtsteuerlast

Internationale Trends der Besteuerung

24. Januar 2005

Nummer 3

6. Jahrgang

# dossierpolitik



## Entwicklung der Fiskalquoten und Überlegungen zur Gesamtsteuerlast

### Das Wichtigste in Kürze

In den meisten OECD-Ländern zeichnet sich seit 1990 eine Konsolidierung bzw. gar Senkung der Steuerbelastung ab. Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, in denen die Fiskalquote in den 90er-Jahren sehr stark zugenommen hat. Zudem schneidet die Schweiz besonders schlecht ab, wenn alle Zwangsabgaben und Gebühren berücksichtigt werden.

### Position von *economiesuisse*

Zwar ist die „offizielle“ Fiskalquote der Schweiz tief, aber der Schein trügt. Die effektive Steuerlast der Schweizer Volkswirtschaft inklusive aller Zwangsabgaben und Gebühren ist bereits heute weit höher als gemeinhin angenommen wird. Wegen des hohen und weiterhin steigenden Finanzierungsbedarfs für die Sozialwerke drohen weitere massive Steuererhöhungen, sofern keine entsprechenden Korrekturen vorgenommen werden. Damit ist der günstige Steuerstandort Schweiz ernsthaft gefährdet.

Notwendig ist eine Offensivstrategie, die unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen die steuerliche Standortattraktivität der Schweiz durch innovative Lösungen nachhaltig verbessert.

*economiesuisse* hat im November 2004 die Studie „Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz“ den Medien präsentiert. In einer Serie von „dossierpolitik“ werden die wichtigsten Ergebnisse der Studie einzeln veröffentlicht.

Die vorliegende Ausgabe befasst sich mit der Fiskalquote. Diskutiert werden verschiedene Konzepte und Definitionsprobleme. Im Hauptteil folgt ein Überblick über die Entwicklung der Fiskalquoten in den OECD-Ländern. Abschliessend wird die Position der Schweiz im internationalen Kontext ermittelt und der notwendige Handlungsbedarf für die Schweiz konkretisiert.

**„Für viele europäische Länder haben die haushaltspolitischen Bemühungen zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien auf die Höhe der Steuerbelastung Einfluss gehabt.“**

OECD-Ländern und ihre Entwicklung im Zeitverlauf fallen heterogen aus (siehe Abbildung und Anhang 1). Veränderungen können z.B. auf Steuerreformen zurückzuführen sein, die Modifikationen in Tarifen und/oder Bemessungsgrundlagen vorsahen. Man kann auch Indizien dafür gewinnen, ob ein Steuersystem effizienter geworden ist oder

nicht. Eine höhere Quote deutet tendenziell auf höhere steuerfinanzierte Staatsleistungen respektive stärkere Umverteilungswirkung des Steuersystems hin, kann aber auch durch konjunkturelle

Einflüsse auf Steuereinnahmen begründet sein. Für viele europäische Länder haben auch die haushaltspolitischen Bemühungen zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien auf die Höhe der Steuerbelastung einen Einfluss gehabt. Zur konkreten Beurteilung der steuerlichen Investitions- und Standortbedingungen eines Landes reicht die generelle Fiskalquote aber nicht aus. Dafür braucht es eine viel detailliertere Analyse der Steuersysteme.

Interessant ist die Tatsache, dass die bisherigen 15 EU-Länder generell eine höhere Fiskalquote ausweisen als die übrigen OECD-Staaten. So wiesen im Jahr 2003 Schweden, Dänemark, Belgien, Finnland, Frankreich, Norwegen, Italien, Österreich, Luxemburg und Island Werte zwischen zirka 40 und 50 Prozent des BIP aus; dagegen lagen nur in sechs Ländern (Mexiko, Japan, Irland, Korea, USA und der

### Entwicklung der Fiskalquote nach OECD-Statistik

Zur Messung des Ausmasses der Steuerbelastung in einer Volkswirtschaft wird oft die Fiskalquote herangezogen. Sie entspricht den Fiskaleinnahmen inklusive der staatlichen, obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge in Prozenten des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die OECD publiziert jährlich diesbezüglich einigermaßen vergleichbare Statistiken. Damit lässt sich das generelle Ausmass der Reformbemühungen besser einordnen. Die Fiskalquoten in den

Schweiz) die Werte zwischen zirka 20 und 30 Prozent. Nachdem die Fiskalquote ab 1970 in sehr vielen Ländern gestiegen ist, zeichnet sich seit 1990 in einigen Ländern (Japan, Niederlande, Irland, Neuseeland, Schweden, Kanada und seit 1995 in den osteuropäischen Staaten wie Ungarn, Tschechische Republik, Polen und Slowakei) ein klarer Trend zur Senkung der zum Teil bereits hohen Steuerbelastung ab (unter minus 2,0 BIP-Prozentpunkte). Für die USA, Grossbritannien, Deutschland, Finnland, Luxemburg, Frankreich und Dänemark lässt sich im selben Zeitraum eine gewisse Stabilisierung (zwischen minus 2,0 und plus 2,0 BIP-Prozentpunkte) feststellen. Sehr stark zugenommen (über plus 3,5 BIP-Prozentpunkte) hat die Fiskalquote lediglich in der Türkei, in Island, Korea, Griechenland, Portugal, Italien und in der Schweiz (siehe Abbildung 1). Wenn alle Zwangsabgaben berücksichtigt werden, fallen die Werte für die Schweiz sogar noch schlechter aus.

#### Von der OECD-Fiskalquote nicht erfasste Elemente

Der Indikator der OECD-Fiskalquote misst das Ausmass staatlichen Handelns nur unvollkommen. Die Organe der OECD selbst empfehlen, diesen Indikator im Rahmen von Vergleichen des absoluten Niveaus zwischen einzelnen Ländern oder zwischen bestimmten Zeitperioden mit „Vorsicht“<sup>1</sup> zu geniessen. Die Klassifikation der OECD<sup>2</sup> erfasst nämlich nur die (a) obligatorischen Zahlungen (b) ohne entsprechende Gegenleistung (c) zu Gunsten öffentlicher Verwaltungen. Mithin werden sämtliche Finanzierungsarten für öffentliche Leistungen, die diese Kriterien nicht erfüllen, in der Fiskalquote der OECD nicht berücksichtigt. Das Problem der Vergleichbarkeit stellt sich insbesondere bei der Behandlung der obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge an privatrechtliche Institutionen<sup>3</sup> und bei der Abgrenzung gegenüber den Gebühren mit obligatorischem Charakter<sup>4</sup>. Abgrenzungsprobleme zwischen den einzelnen Ländern ergeben sich auch bei der Behandlung der Kirchensteuern und der (anrechenbaren oder nicht anrechenbaren) Steuergutschriften sowie bei der Frage, ob eine den Zahlungen angemessene Gegenleistung erbracht wurde. Zudem können Unterschiede im Wirtschaftszyklus und bei der Berechnung des BIP solche Vergleiche verfälschen. Und schliesslich sind die Voraussetzungen für internationale Vergleiche nur dann gegeben, wenn die allgemeine Finanzierungsstruktur der öffentlichen Leistungen in den einzelnen Ländern mehr oder weniger einheitlich ist.

#### Ziele und Forderungen der Wirtschaft

Ausgehend von einer Aktualisierung des „Steuerkonzepts 2000 der Wirtschaft“ und unter Berücksichtigung der festgestellten internationalen Entwicklungen lassen sich somit zusammenfassend folgende Ziele und Forderungen der Wirtschaft herleiten:

#### *International attraktives sowie effizientes Schweizer Steuersystem*

Nur eine nachhaltige Finanzpolitik kann Wachstum, soziale Verantwortung, Chancengleichheit, Vertrauen und nationalen Zusammenhalt auf Dauer sicherstellen. Voraussetzungen dafür sind – neben der Stabilisierung der Verschuldungsquote, einem ausgeglichenen Haushalt, Ausgabendisziplin und einem möglichst guten Preis-Leistungs-Verhältnis staatlicher Leistungen – eine moderate Steuerbelastung im internationalen Vergleich und ein effizientes Steuersystem. Steuererhöhungen oder die Einführung neuer Steuern oder Abgaben sind auf jeden Fall zu vermeiden. Die Umsetzung dieser Überlegungen führt zu einer Senkung der Fiskalquote.

#### *Erhaltung einer föderalistischen Ordnung*

Übergang zu einem effizienten interkantonalen Finanzausgleich

Keine materiellen Steuerharmonisierungen

#### **Weitere Ziele und Forderungen werden in den kommenden Ausgaben detailliert präsentiert:**

#### *Verbesserungen bei der Besteuerung von Privatpersonen*

#### *Verbesserungen bei der Besteuerung von Unternehmen*

#### *Standortunterstützende Ausgestaltung der Mehrwertsteuer*

#### *Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes und für internationale Firmen*

#### *Ökologische Anreize ohne Finanzierungszweck*

#### *Zurückhaltung bei Sondersteuern, Gebühren und*

Wenn die Länder eine einigermaßen ähnliche öffentliche Finanzierungsstruktur aufweisen, ist ein Vergleich des absoluten Niveaus der Fiskalquoten der OECD vertretbar. Das Problem der mangelnden Vergleichbarkeit ist aber besonders für die Schweiz akut. Einerseits verdeutlicht eine detaillierte Analyse der OECD-Statistiken das Niveau weiterer, nicht in der Fiskalquote enthaltener Finanzierungsquellen.<sup>5</sup> Für die Schweiz sind diese Werte teilweise ausserordentlich hoch: Mehr als 40 Prozent der Mittel zur Finanzierung der Sozialleistungen stammen in der Schweiz

<sup>1</sup> OECD Revenue Statistics 1965–1998, 199, Teil 2, S. 52 ff.

<sup>2</sup> OECD Revenue Statistics 1965–2002, 2003, annex 1/2, S. 285, 326

<sup>3</sup> OECD Revenue Statistics 1965–2001, Teil 1, S. 57 ff.

<sup>4</sup> OECD Revenue Statistics 1965–2002, 2003, 1 „The OECD classification of taxes and interpretative guide“, S. 285

<sup>5</sup> OECD Revenue Statistics 1965–2002, 2003, für die obligatorischen Sozialbeiträge siehe Kapitel B „financing social benefits“ aus Teil III „country tables“, S. 197 ff; für die Gebühren siehe Tabelle „revenues received by general government“ aus Teil VI „Tax revenues, non-tax revenues and grants by level of government“, S. 278.

aus Zwangsabgaben an privatrechtliche Einrichtungen (z.B. Pensionskassen, Krankenkassen, Unfallversicherung), die in der Fiskalquote der OECD gar nicht berücksichtigt werden. Dies ist nahezu der höchste Wert aller OECD-Länder (siehe Abbildung 2). Abgesehen von Island und – in geringerem Masse – von Holland und Mexiko kennt kein anderer Mitgliedsstaat der OECD ein auf obligatorischen Beiträgen an privatrechtliche Institutionen basierendes System zur Finanzierung seiner Sozialleistungen.

Andererseits belegt die Schweiz – mit Ausnahme von Norwegen, das erhebliche aussersteuerliche Einnahmen aus der Erdölförderung bezieht – mit einem Anteil von neun Prozent des BIP den

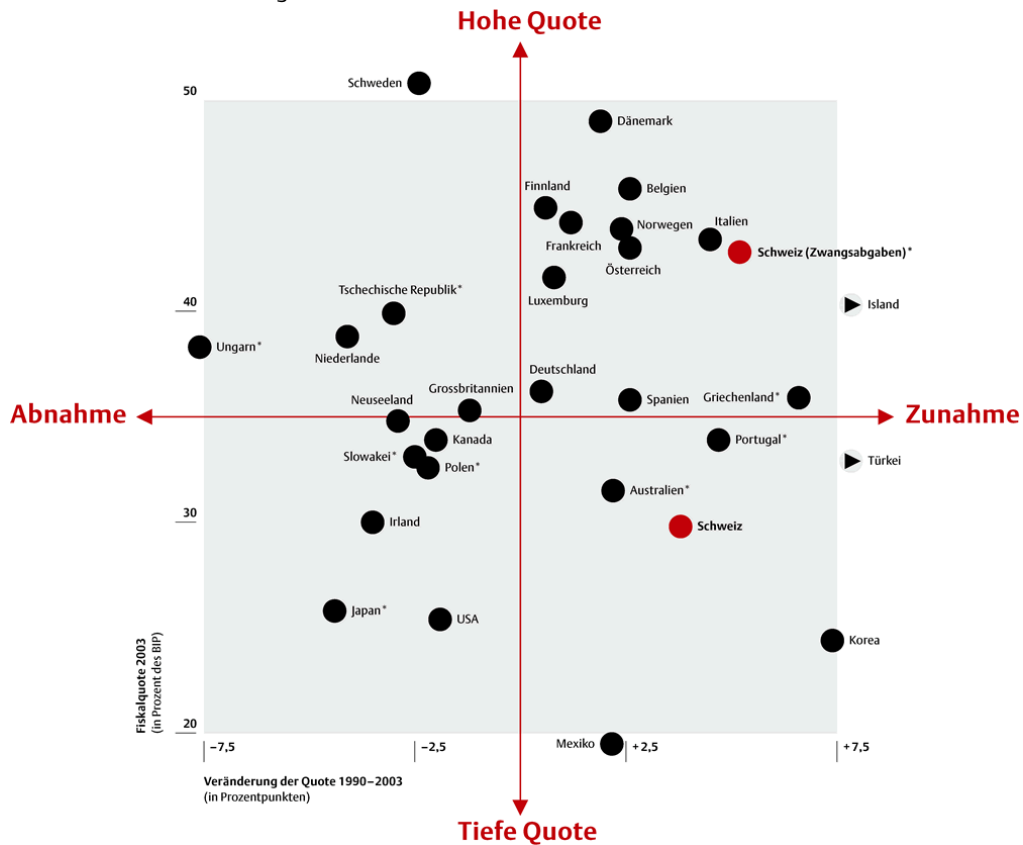
Spitzenplatz unter den OECD-Ländern für die Erhebung nicht fiskalischer Einnahmen (siehe Anhang Tabelle 2). Finnland, Deutschland und Kanada weisen ebenfalls hohe Werte auf. In der Schweiz stammen die nicht fiskalischen Einnahmen zu einem grossen Teil aus – meist obligatorischen – Gebühren, die entsprechend der föderalistischen Struktur der öffentlichen Finanzen auf kantonaler und kommunaler Ebene erhoben werden. Demgegenüber liegt der durchschnittliche Anteil der aussersteuerlichen Einnahmen in den übrigen OECD-

Ländern deutlich tiefer, zum Teil weit unter sieben Prozent, je nachdem, ob das betreffende Land über zentralistische oder föderalistische Strukturen verfügt.

**„Die Schweiz finanziert ‚ausserhalb‘ der offiziellen OECD-Fiskalquote einen bedeutenden Teil ihrer Staatsleistungen durch Zwangsbeiträge und Gebühren, während dies die meisten übrigen OECD-Länder mit fiskalquotenrelevanten Steuern tun.“**

**Abbildung 1**

Entwicklung der OECD-Fiskalquote in Prozent des BIP  
Zustand 2003 und Veränderung 1990–2003



Detailzahlen zur Abbildung siehe Tabelle 1 im Anhang und Seite 53 der Studie von economiesuisse (2004), „Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik– Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz“.

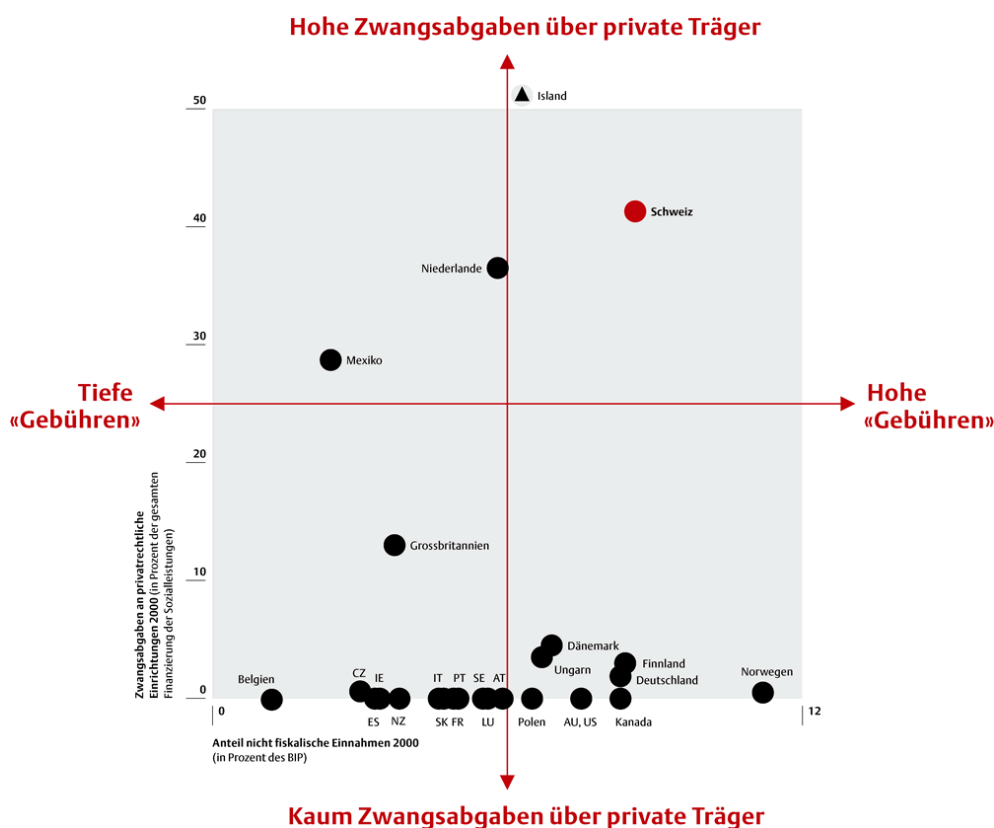
Abbildung 2 zeigt, dass die Schweiz bei parafiskalischen Instrumenten eine absolute Spitzenstellung im internationalen Vergleich einnimmt. Mit anderen Worten: Die Schweiz finanziert „ausserhalb“ der offiziellen OECD-Fiskalquote einen bedeutenden Teil ihres obligatorischen Sozialstaates durch Zwangsbeiträge an private Versicherungseinrichtungen (z.B. Krankenkassenprämien) bzw. ihrer Umweltpolitik durch Kehrrechtgebühren, während dies die meisten übrigen OECD-Länder mit fiskalquotenrelevanten Steuern tun. Das Niveau der Fiskalquote hängt also weitgehend von ihrer Definition ab.

Definitionsprobleme und die mangelnde Transparenz des Preis-Leistungs-Verhältnisses der verschiedenen staatlichen Leistungen schränken die internationale Vergleichbarkeit des absoluten Niveaus der Fiskalquoten stark ein.

Es erstaunt daher nicht, dass eine Beurteilung, die sich allein auf diesen Indikator abstützt, keinen klaren Zusammenhang zwischen seinem absoluten Wert und dem Wirtschaftswachstum erkennen lässt. Entscheidend ist aber die Berücksichtigung aller obligatorischer Abgaben und sämtlicher Gebühren. Hervorzuheben ist jedoch, dass die statistische Aussage sehr gut ist, wenn es darum geht, die Entwicklung der nationalen Fiskalquoten über die Jahre zu vergleichen, zumindest solange die zugrunde liegenden Definitionen nicht geändert werden und die Homogenität der chronologischen Serien gewährleistet bleibt (siehe Abbildung 1).

**Abbildung 2**

Staatliche Finanzierungselemente ausserhalb der OECD-Fiskalquote  
Zwangsabgaben über private Träger in Relation zu den „Gebühren“ 2000



AT: Österreich, AU: Australien, CZ: Tschechische Republik,  
ES: Spanien; FR: Frankreich, IE: Irland, IT: Italien; LU: Luxemburg,  
NZ: Neuseeland, PT: Portugal, SE: Schweden, SK: Slowakei

### Kommentar

Auf der Basis der empirischen Beobachtungen zieht die Studie „Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz“ Schlussfolgerungen für die steuerliche Position der Schweiz im internationalen Kontext. Auf Basis des im Jahr 2000 veröffentlichten „Steuerkonzepts der Wirtschaft“ wurde der notwendige Handlungsbedarf für die Schweiz konkretisiert. Allgemein lassen sich folgende Implikationen für die Schweiz herleiten:

1. Im Steuerbereich herrscht als Folge des internationalen Standortwettbewerbs (Globalisierung und erhöhte Mobilität) eine erhebliche internationale Dynamik. Die Schweiz darf diese Entwicklungen nicht ignorieren. Trotz Harmonisierungsbestrebungen von internationalen Organisationen (EU, OECD, UNO) ist eine Tendenz zur Optimierung der nationalen steuerlichen Freiräume erkennbar.
2. In der Schweiz droht in Anbetracht der raschen steuerlichen Veränderungen im Ausland die Gefahr des Stillstands. Wichtige Reformprojekte stehen an, doch lassen sich nicht oder nur schwer realisieren (z.B. Ablehnung des Steuerpakets vom 16. Mai 2004). Eine „steuerliche Erstarrung“ wäre sowohl standort- als auch wachstumspolitisch fatal für unser kleines, mit dem Ausland wirtschaftlich eng verflochtenes Land.
3. Um im internationalen Standortwettbewerb mitzuhalten, muss die Schweiz konsequent die eigenen Stärken fördern und steuerliche Freiräume, in Kenntnis der internationalen Entwicklungen und insbesondere der Reformen im Ausland, gezielt nutzen.
4. Radikale Reformkonzepte, wie sie unter anderem in einzelnen neuen EU-Ländern anzutreffen sind, sind in der Schweiz schwer durchführbar. Deshalb gilt es, die als richtig erkannten Ziele zwar etappenweise, aber konsequent anzustreben und dabei den politischen Gegebenheiten des Landes (insbesondere der Konkordanzdemokratie und dem föderalistischen Aufbau) Rechnung zu tragen.
5. Die Studie widerlegt den Mythos der unantastbaren steuerlichen Stellung der Schweiz, sowohl hinsichtlich standortrelevanter Vorteile (zunehmende Mobilität) als auch hinsichtlich der generellen Steuerbelastung (Fiskalquote inklusive aller Zwangsabgaben und Gebühren). Die Schweiz muss sich steuerpolitisch weiterhin mit den Besten messen. Die Position der Schweiz ist zwar zum Teil noch relativ gut, die Tendenzen sind aber besorgniserregend. Ohne Gegenmassnahmen droht der Abstieg in eine tiefere Liga.
6. Kein anderes Land der OECD hat ein derart explosives Ausgabenwachstum wie die Schweiz erlebt. Hinzu kommt die akute finanzpolitische Herausforderung aufgrund der demografischen Entwicklungen. Die Schweiz muss deshalb alles daran setzen, ihre Ausgaben wieder in den Griff zu bekommen und durch eine konsequente Wachstumspolitik die Staatsquote zu senken. Nur so kann sie sich den für die sich aufdrängenden Steuerreformen notwendigen finanziellen Spielraum sichern.

---

### Rückfragen:

pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

**Anhang ad Abbildung 1**

Entwicklung der Fiskalquoten in der OECD zwischen 1990 und 2003 (in Prozent des BIP)

	1990	1995	1999	2000	2001	2002	2003 <sup>1</sup>
Australien	29,3	29,6	31,3	31,8	30,4	31,5	n.a.
Belgien	43,2	44,8	45,7	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	47,1	49,4	51,5	49,6	49,9	48,9	49,0
Deutschland <sup>2</sup>	35,7	38,2	37,7	37,8	36,8	36,0	36,2
Finnland	44,3	46,0	46,8	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich <sup>3</sup>	43,0	43,9	45,7	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	29,3	32,4	36,9	38,2	36,6	35,9	n.a.
Grossbritannien	36,5	35,0	36,7	37,4	37,2	35,8	35,3
Irland	33,5	32,8	31,9	32,2	30,1	28,4	30,0
Island	31,5	31,8	39,6	39,4	38,1	38,1	40,3
Italien	38,9	41,2	43,3	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	30,2	27,8	26,4	27,1	27,4	25,8	n.a.
Kanada	35,9	35,6	36,4	35,6	35,0	33,9	33,9
Korea	18,1	19,4	21,5	23,6	24,1	24,4	25,5
Luxemburg	40,8	42,3	40,1	40,2	40,7	41,8	41,6
Mexiko	17,3	16,7	17,3	18,5	18,8	18,1	19,5
Neuseeland	37,7	37,0	33,5	33,4	33,3	34,9	34,8
Niederlande	42,9	41,9	41,4	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	41,5	41,1	43,0	43,2	43,4	43,5	43,9
Österreich	40,4	41,6	44,1	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	n.a.	37,0	33,0	32,5	31,9	32,6	n.a.
Portugal <sup>5</sup>	29,2	33,6	36,0	36,4	35,6	33,9	n.a.
Schweden	53,2	48,5	52,4	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz <sup>4</sup>	26,0	27,8	29,1	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei <sup>5</sup>	n.a.	n.a.	34,1	34,0	31,6	33,1	n.a.
Spanien	33,2	32,8	35,0	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechische Republik	n.a.	39,8	39,1	39,0	38,5	39,3	39,9
Türkei	20,0	22,6	31,3	32,3	35,1	31,1	32,9
Ungarn <sup>5</sup>	n.a.	42,4	39,1	39,0	39,0	38,3	n.a.
USA	27,3	27,9	29,4	29,9	28,9	26,4	25,4
OECD-Durchschnitt (ungewichtet)	34,8	35,9	37,0	37,2	36,8	36,3	n.a.
EU-15-Durchschnitt (ungewichtet)	39,4	40,3	41,7	41,8	41,2	40,6	n.a.
Schweiz (Zwangsabgaben)	37,6	39,9	41,4	43,2	43,3	42,8	n.a.

<sup>1</sup> provisorisch<sup>2</sup> Zahlen für das wiedervereinigte Deutschland ab 1991; seit 2001 hat Deutschland die Behandlung von „non-wastable tax credits“ in der Berichterstattung der Erträge geändert (analog OECD-Richtlinien).<sup>3</sup> Seit 1992 wurden die Gesamtsteuereinnahmen um den Betrag reduziert, der nicht eingesammelte Steuern repräsentiert.<sup>4</sup> Fiskalquote Schweiz enthält nicht die Zwangsabgaben an privatrechtliche Sozialversicherungseinrichtungen.<sup>5</sup> Für das Jahr 2002 wurden provisorische Zahlen, die 2003 kalkuliert wurden, verwendet.

Quellen: OECD Revenue Statistics 1965–2002, 2003, S. 19, und Revenue Statistics 1965–2003, 2004, S. 18 und S. 68; EFD, Tabellen Medienmitteilungen vom 22. Oktober 2003 und vom 21. Oktober 2004.



**Anhang ad Abbildung 2**

Staatliche Finanzierungselemente ausserhalb der OECD-Fiskalquote im Jahr 2000  
(Zwangsgabgaben über private Träger in Relation zu den Gebühren)

	Total Finanzierung der Sozialleistungen	Zwangsgabgaben an privatrechtliche Einrichtungen	Währung (Millionen)	Anteil von Zwangs- abgaben an privatrecht- liche Einrichtungen, in Prozent der gesamten Finanzierung der Sozial- leistungen	Anteil nicht fiskalische Einnahmen 2000 (in Prozent des BIP)
Australien	0	0	A\$	0,0	7,5
Belgien	39 055	0	€	0,0	1,2
Dänemark	31 550	1 445	cour	4,6	6,9
Deutschland	328 889	6 120	€	1,9	8,3
Finnland	16 492	499	€	3,0	8,4
Frankreich	305 484	0	€	0,0	4,9
Griechenland	13 242	0	€	0,0	n.a.
Grossbritannien	68 268	8 935	£	13,1	3,7
Irland	4 379	0	€	0,0	3,4
Island	92 894	48 847	cour	52,6	6,3
Italien	139 098	0	€	0,0	4,6
Japan	53 385	0	Y	0,0	n.a.
Kanada	54 765	0	C\$	0,0	8,2
Korea	22 820	0	won	0,0	n.a.
Luxemburg	2 186	0	€	0,0	5,6
Mexiko	233 929	67 352	pesos	28,8	2,4
Neuseeland	0	0	NZ\$	0,0	3,8
Niederlande	101 607	37 144	€	36,6	5,8
Norwegen	130 386	734	cour	0,6	11,2
Österreich	30 818	0	€	0,0	5,9
Polen	68 579	0	zlotys	0,0	6,5
Portugal	10 257	0	€	0,0	5,0
Schweden	319 292	0	cour	0,0	5,5
Schweiz	60 935	25 202	CHF	41,4	8,6
Slowakei	130 571	0	cour	0,0	4,7
Spanien	75 209	0	€	0,0	3,3
Tschechische Republik	341 462	2 402	cour	0,7	3,0
Türkei	7 028 925	0	liras (Milliarden)	0,0	n.a.
Ungarn	1 752 151	62 836	for	3,6	6,7
USA	689 780	0	US\$	0,0	7,5

Quelle: OECD Revenue Statistics 1965–2002, und Part III. B, S. 197–202, Part VI, Tabelle 199, S. 278